

Bezugspreis:
Vierteljahr 30.— M., monatlich 10.— M.
frei ins Haus, vorausschickend. Post-
bezugs: Vierteljahr 30.— M., einjährig
120.— M., einschließlich Postgebühren.
Unter Bezugnahme für
Deutschland, Dänzig, das Saar- und
Rheinland, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Oesterreich,
Ungarn und Luxemburg 30.— M., für
das übrige Ausland 27.— M. Post-
bestellungen nehmen an Oesterreich,
Ungarn, Tschecho-Slowakei, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Soll und Sein“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Bildung und Kleingarten“
erscheint wochentlich zweimal, Sonntags
und Montags einmal.

Telegraphische Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtzeilige Standardzeile
kostet 5,50 M. „Kleine Anzeigen“
das fertige Wort 1,30 M. (24-
stündig zwei fertige Worte), jedes
weiteres Wort 1.— M. Streifen-
und Schiffsanzeigen das erste
Wort 1.— M., jedes weitere Wort
50 Hg. Worte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten halbe 2.— M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Zerlegergebühren.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 5 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Geöffnet
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moriaplatz 151 95-97
Expedition Moriaplatz 117 53-54

Donnerstag, den 4. August 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion und Anzeigenteil
Abteilung Moriaplatz 117 53-54

Tschitscherin an Alle.

Moskau, 4. August (Dena.) In einem Rundfunk-
spruch feilt Tschitscherin, der russische Volkskommissar für auswärtige
Angelegenheiten, mit, daß alle Meldungen über die katastro-
phale Lage in den Hungergebieten übertrieben sind. Tat-
sache ist, daß die Lage sehr ernst ist. Das Elend ist groß, aber
alle Meldungen über Hungerrevolten, Aufstände und
Pogrome sind aus der Luft gegriffen. Alle Regierungs-
und Gewerkschaftsorgane, sowie alle öffentlichen Organisationen sind
in den Hilfsdienst eingeteilt, die Bevölkerung in den nicht von der
Hungersnot betroffenen Gouvernements geht Hand in Hand mit der
Sowjetregierung, um dem Elend zu steuern. Tschitscherin erklärt
ausdrücklich, daß alle fremden Organisationen, die zur
Bekämpfung der Hungersnot beitragen wollen, völlig freie
Hand haben, der freien Entfaltung der Initiative solcher Orga-
nisationen wird kein Hindernis in den Weg gelegt.

Zum Schluß stellt Tschitscherin fest: Es hungern 18 Mil-
lionen Russen! Um die ländliche Bevölkerung zu ernähren,
braucht Rußland 41 Millionen Pud Getreide, ferner 17 Millionen
Pud für die städtische Bevölkerung und für die Auffüllung des zur
Steuer der ersten Not ausgegebenen Saatgutes. Von diesen Ge-
treidemengen müssen bis September 15 Millionen Pud verfügbar
sein, um das größte Elend zu bekämpfen.

Wieder Handelsfreiheit, doch keine Ware mehr.

Helsingfors, 3. August. (CP.) Wie hier gemeldet wird, ist in
Rußland völlige Handelsfreiheit eingeführt. Es ist allen
Privatpersonen erlaubt, Handel zu treiben. An Waren gibt es
allerdings kaum noch etwas.

Die Preissteigerungen für Lebensmittel in Sowjetrußland.

Riga, 3. August. (DE.) Der Brotpreis in Peters-
burg beträgt in letzter Zeit 5000 bis 9000 Rubel pro Pfund
(= 400 Gramm); er schwankt je nach der Höhe der Lebensmittel-
rationen, die behördlich zur Ausgabe gelangen. Wie das Sowjet-
amtliche Wirtschaftsbüro „Ekonomschjeskaja Schisn“ mitteilt, gehen
die sprunghaften Preissteigerungen für Lebensmittel
unaufhaltsam weiter: so kostete ein Pud (= 16,38 Kilogramm)
Roggenmehl in Jekaterinenburg (Ural) am 25. Juni 110 000
Rubel, am 30. Juni bereits 210 000 Rubel, ein Pud Weizenmehl
160 000 resp. 250 000 Rubel; der Preis für ein Pud Kartoffeln stieg
von 60 000 auf 70 000 Rubel. In Wladiwostok stiegen die Preise
im Laufe einer Woche für ein Pud Roggenmehl von 85 000 auf
150 000 Rubel.

Von der Petersburger Kommune wurden folgende
Mengen an Lebensmitteln als Äquivalente beim Waren-
austausch festgesetzt: 1 Pud Roggen = 1 1/2 Pud Getreide =
3 Pud Hafer = 3 Pud Kartoffeln = 5 Pud Heu = 10 Pud Stroh
= 74 Liter Milch = 3 Pfund Butter = 150 Eier = 10 Pfund
getrocknete Pilze = 10 Pfund Salz.

Anträge der Schwedischen Sozialdemokraten.

Stockholm, 3. August. (CP.) Die Sozialdemokratische
Partei Schwedens hat beschlossen, sich mit der Bitte an die
Regierung zu wenden, sofort Maßnahmen für eine tat-
kräftige Hilfe für die notleidenden Russen zu treffen. Weiter
wurde beschlossen, die Exekutivkommission der Zweiten Internatio-
nale in London aufzufordern, eine internationale Hilfs-
aktion einzuleiten.

Konferenzbeginn Montag vormittag.

Paris, 4. August. (WIB.) Die erste Sitzung des Obersten
Rates wird am Montag um elf Uhr vormittags stattfinden. Die
Einladung Belgiens bleibt vorbehalten für den Fall, daß
die Fragen der Wurtelung der Kriegsschuldigen und
der Sanktionen durch den Obersten Rat besprochen werden.

England gegen die Erörterung der Leipziger Urteile.

London, 4. August. (CP.) In britischen diplomatischen
Kreisen heißt es, daß die britische Delegation sich gegen die Auf-
nahme der Leipziger Urteile in die Tagesordnung einsetzen
werde. Diese Aufnahme ist von Frankreich und Belgien
gewünscht worden. England ist jedoch der Meinung, daß der
Oberste Rat für diese Angelegenheit nichts tun könne, was von
Nutzen wäre, weil es keine praktischen Mittel gibt, eine
andere Lösung zu verwirklichen.

Die britische Delegation.

London, 3. August. (WIB.) „Evening Standard“ zufolge gehen
mit Lloyd George Sir Edward Grigg, Sir Maurice Han-
ken, Davies und Lord Ridd nach Paris, während Lord
Curzon von Banstead und Osborne von der Abteilung für
Offfragen des Foreign Office begleitet sein wird. Lloyd George wird
nur an dem Teil der Verhandlungen des Obersten Rates teilnehmen,
der der Lösung der oberstleichen Frage gilt, und wird sich im
Laufe der nächsten Woche nach London zurückbegeben. „Evening
Standard“ hält es für sicher, daß die technischen Sachverständigen
Englands, Frankreichs und Italiens einander diametral entgegen-
gesetzte Vorschläge in der oberstleichen Frage vorbringen werden,
daher sei eine vorläufige Teilung möglich.

Erklärung des polnischen Geschäftsträgers.

Vom polnischen Geschäftsträger in Berlin erhalten
wir folgende Zuschrift:

In der Nr. 357 vom 31. Juli d. J. bringt der „Vorwärts“ eine
Meldung der Telegraphen-Union, wonach Ministerpräsident Witos
am 29. Juli im polnischen Reichstag sich dahin geäußert habe, daß
die polnische Regierung sich „hinsichtlich der Erfüllung der Ent-
scheidung des Obersten Rates über Oberschlesien freie Hand vor-
behalte, falls diese Entscheidung die polnischen Interessen gefährde“.

Seitens der polnischen Gesandtschaft wird auf Grund der steno-
graphischen parlamentarischen Berichterstattung berichtet, daß Mi-
nisterpräsident Witos bloß der Hoffnung Ausdruck verliehen habe,
daß sämtliche Projekte einer teilweisen und provisorischen
Erledigung der oberstleichen Frage vom Obersten Rat als
schädlich und vertragswidrig aufgegeben werden. In
dieser Richtung habe die polnische Regierung die erforderlichen
Schritte unternommen. Sollte doch die Entscheidung dem entgegen
ausfallen, so muß die polnische Regierung schon heute
erklären, daß sie die Ausführung dieser Entscheidung
nicht übernehmen könnte.

S. B.: Dr. Elmer.

Die Verteilung der deutschen Zahlungen.

Paris, 3. August. (CP.) Ueber die Verteilung der von
Deutschland gezahlten Summen wird folgende offiziöse Mit-
teilung gemacht: Am 1. Mai 1921 verfügte die Wiedergutmachungs-
kommission über eine Summe von 124 Millionen Goldmark, die dem
Verfallenen Vertrag gemäß zur Deckung von Besetzung-
kosten dienen sollten. Diese Summe wurde England zugeteilt,
weil unter den 5 interessierten Mächten England es war, welches die
höchsten Schuldforderungen an Deutschland hatte. Seit
dem 1. Mai hat die Wiedergutmachungskommission aus Deutschland
zuerst 350 Millionen Goldmark erhalten und am 23. August wird sie
über eine Milliarde verfügen. Auf diese Summe besteht
Belgien für seine Kriegsschulden ein Prioritätsrecht bis
auf zwei Milliarden Goldmark. Zwischen den Alliierten wurde
folgendes Abkommen getroffen: Von den 350 Millionen Goldmark,
die schon im Besitz der Kommission sind, wird Belgien alles,
was in belgischen Franken, in Dollar, holländischen
Gulden und in Pesetas gezahlt wurde, bekommen. Die fran-
zösischen Franken (ungefähr 70 Millionen) wird Frankreich,
die Lire (ungefähr 30 Millionen) Italien erhalten. Ueber die
Verteilung der Pfund Sterling wird noch zwischen Belgien und Frank-
reich verhandelt. Was die 650 Millionen Goldmark, die noch von
Deutschland zu zahlen sind, betrifft, so werden sie vollständig
an Belgien fallen. Belgien wird von der ersten Milliarde Gold-
mark 850 Millionen erhalten.

Der Zwischenfall in der Kolabucht.

Konstantinopel, 3. August. (WIB.) Die „Tromsø Stiftstidende“ ver-
öffentlicht eine Mitteilung des Chefs der deutschen Minen-
suchflotte als Antwort auf eine Anfrage darüber, wie weit die
von russischer Seite aufgestellten Behauptungen über den
Zwischenfall in der Kolabucht den Tatsachen entsprechen.
Es heißt in der Erklärung: Sämtliche Behauptungen sind
unwahr. Die Flottille ist in die Kolabucht eingelaufen, um in
Uebereinstimmung mit dem Friedensvertrag Minen aufzu-
suchen. Trotzdem eine Mitteilung über diese friedlichen Absichten
dem russischen Wachtschiff geworden war, wurden wir von einem
russischen Fort beschossen. Das Feuer wurde erwidert und
das Fort zum Schweigen gebracht. Darauf wurde das
Minesuchen unterbrochen. Die Flottille kehrte nach Bardö befehls-
gemäß zurück.

Blutige Zusammenstöße in Aussen.

Ein Toter, zwei Verwundete.

Prag, 3. August. (WIB.) Das Tschechoslowakische Pressebureau
berichtet: Die deutschen Parteien hatten zu heute eine Volksver-
sammlung als Protest gegen die von den Legionären am ver-
gangenen Sonntag veranstaltete Kundgebung nach Aussen einbe-
rufen. Die Versammlung war erst genehmigt, später aber ver-
boten worden, da man erklärte, daß es aus ihrem Anlaß zu Aus-
schreitungen kommen könnte. Die Versammlung fand infolgedessen
nicht statt, es kam abgesehen von einem Aufmarsch der Menge,
gegen den die Gendarmerie einschritt. Es erschienen auch
demobilisierte Legionäre, die die Leute auseinander-
jagten. In der Tepitzer Straße griffen Legionäre gleichfalls ein.
Dabei stießen einige Schüsse, durch die zwei Personen ver-
wundet wurden. In der hierauf enscheidenden Kauferei erhielt ein
50jähriger Arbeiter eine Stichwunde in die Lunge, der er bald darauf
erlag. Die Gendarmerie machte weder von der Stich- noch von der
Schußwaffe Gebrauch. Darauf zerstreute sich die Menge. Die
Legionäre zogen unter Gefang durch die Stadt. Abends trat
Ruhe ein.

Beamte und Gewerkschaften.

Von Albert Falkenberg.

Der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes hat in seiner
Sitzung vom 6. Juli 1921 gegen drei Stimmen folgenden An-
trag angenommen:

„Der Entwurf einer Vereinbarung mit dem Allgemeinen Deut-
schen Gewerkschaftsbund wird entsprechend den Bestimmungen des
§ 14 der Bundesstatuten dem Bundesauschuß als Antrag
zur Genehmigung vorgelegt. Der Bundesauschuß ist Mitte August
einzuberufen.“

Die Einberufung des Bundesauschusses auf den 15. und
16. August 1921 ist inzwischen erfolgt. Ob sich der Bundes-
auschuß für den Abschluß der Vereinbarung, deren Wortlaut
im „Vorwärts“ Nr. 351 vom 28. Juli 1921 veröffentlicht wor-
den ist, entscheiden wird, läßt sich erst nach der Stellungnahme
der Vertreter der dem Deutschen Beamtenbunde angeschlossenen
Gewerkschaften übersehen. Die Bundesleitung hat sofort nach
Annahme des vorstehenden Antrags und im Einverständnis
mit den übrigen Vertragschließenden die Bekanntgabe des Ver-
einbarungsentwurfs an die angeschlossenen Gewerkschaften ver-
anlaßt, um Klarheit über ihre Absichten zu schaffen. Eine
Orientierung über den Inhalt der Vereinbarungen war so
lange nicht möglich, als nicht die Verhandlungen zum Abschluß
gelangt waren. Die nunmehr auch in der Tagespresse
einsehende Erörterung des Entwurfs der Vereinbarung be-
ginnt sich zu einer systematisch angelegten Hege gegen den
Deutschen Beamtenbund seitens der politisch rechts-
gerichteten Presse (einschließlich der Zentrumspresse) auszu-
wirken. Daß sich auch das „B. L.“ mit seiner unkommentierten
Beröffentlichung der Ausführungen des demokratischen Zei-
tungsdienstes vom 29. Juli 1921 den Hehelementen zugeeilt,
ist hoffentlich nur auf ein Versehen der Schriftleitung zurückzu-
zuführen, die anscheinend vergessen hat, daß sie in der Abendaus-
gabe des „B. L.“ vom 27. Juli 1921 ihrer Freude darüber Aus-
druck gab, daß der „Zusammenbruch der drei großen Verbände
unter Wahrung parteipolitischer Unabhängigkeit“ erfolgt.
Wenn sich jetzt das „B. L.“ die vom Demokratischen Zeitungsdienst
geäußerte Hoffnung, „daß wenigstens nicht alle Beamten
diese zielbewusste Zerspaltung der großen deutschen Beamten-
bewegung mitmachen“, zu eigen macht, dann könnten fun-
dige Hebaner die Auffassung gewinnen, daß diese Wandlung
über Nacht nicht von ungefähr entstanden sei. Uebrigens glauben
wir nicht, daß sich aufrechte Demokraten, die von gewerk-
schaftlichen Dingen mehr verstehen als die Leute, deren Ein-
fluß heute die Demokratische Partei regiert, sich ausgerechnet
durch persönliche Treibereien und durch Untergriffe des Demo-
kratischen Zeitungsdienstes graulich machen oder gar sich ihren
gefunden Menschenverstand umnebeln lassen.

Wenn die Beamten schon bis auf den letzten Mann begrif-
fen hätten, daß eine starke Beamtenbewegung zur Sicherung
der Beamtenwirtschaft nur durch Zusammengehen mit den
übrigen Verbraucher- und Arbeitnehmerkreisen erreicht wer-
den kann, dann würde sowohl das kindlich anmutende Geplär
horizontbeengter Parteipolitiker als auch die gehässige Art der
Weltanschauungspropheten sie nicht in Verwirrung setzen
können. Nun wird ja der Druck, den die Wirtschaftsnöte
der nächsten Zeit auf alle den Arbeitnehmerkreisen ange-
hörenden Staatsbürger heraufbeschwören, auch den Beamten
klarmachen, wo für sie die Rettung vor der Katastrophe zu
finden ist. Vorläufig aber gibt es Beamte, die meinen, Beamten-
wirtschaftspolitik könne immer noch außerhalb der Wirt-
schaftspolitik des Volksganzen getrieben werden. Ihnen muß
durch unausgesetzte Erziehungsarbeit in den Gewerkschaften
klargemacht werden, daß Beamtenwirtschaft sich heute weniger
denn je trennen läßt von Allgemeinwirtschaft, und daß letztere
das Primäre ist, dem sich in jedem Falle die Privatwirtschaft
unterzuordnen hat.

Man sollte eigentlich glauben, daß diese Erkenntnis
wenigstens dort vorhanden wäre, wo politische Denkwel-
selbstverständlichkeit sein sollte, bei den politischen Parteien.
Leider ist das aber nicht der Fall. Sowohl die Zentrums-
presse als auch die politisch rechtsgerichtete Presse verfuhrten mit
Zähigkeit, die Beamtenwirtschaft aus der politischen Vernunftlinie
herauszudrängen. Von beiden Seiten werden gegen die oben
dargelegten Gedankengänge Gründe ins Feld geführt, die ihre
Wurzel vornehmlich in parteiegoistischen Erwä-
gungen haben. Das von jener Seite getriebene Spiel mit
dem Gedanken der Notwendigkeit parteipolitischer oder
weltanschauungsmäßiger Orientierung ist zu durchsichtig, um
nicht von allen klarblickenden Beamten richtig gemertet zu wer-
den. Sie werden auch die Absichten der Leitung des Deutschen
Beamtenbundes ohne Entstellung beurteilen und ihr nicht Mo-
tive unterstellen wollen, die sie nur dann hätte in Erwägung
ziehen können, wenn sie den Akt, auf dem sie selber steht, hätte
ablägen wollen. Die Stellen, die solche Absichten den Beamten
vorgaukeln, spekulieren tatsächlich auf die politische Unterlegen-
heit ihres Publikums, ob mit Erfolg, wird die Augustsitzung
des Bundesauschusses zeigen. Solange die Entscheidung nicht
von den Beamten selber gefällt worden ist, besteht keine Ur-
sache, vor den politischen Drahtziehern kampflös das Feld zu

räumen oder die Unterstellung stillschweigend hinzunehmen, daß einzelne Führer der Beamtenbewegung alles Unheil über die Beamtenerschaft gebracht hätten.

Die Leitung des Deutschen Beamtenbundes betrachtet sich als Vollzugsorgan der Willensmeinung der Vertreter aller im Deutschen Beamtenbunde zusammengeschlossenen Gewerkschaften. Sie haben — nachdem der DDB, beim DBB, wegen Aufnahme von Verhandlungen vorstellig geworden war! — als Vorstandsmitglieder auf Grund einstimmigen Beschlusses dem Verhandlungsausschuß folgende Richtlinien auf den Weg gegeben:

Folgende grundsätzliche Auffassung des Vorstandes ist bei den Weiterverhandlungen zu vertreten:

1. Der Deutsche Beamtenbund muß seine parteipolitische und religiöse Neutralität peinlich wahren und kann deshalb weder mit einer nach der Weltanschauung ausgerichtet, noch mit einer freigewerkschaftlichen Organisation in eine organisatorische Verbindung treten.

Er ist die selbständige Spitzenorganisation der auf diesem Boden stehenden Beamtengewerkschaften und kann einer Dachorganisation, die ihn mit Arbeiter- und Angestelltenorganisationen verbindet, nicht zustimmen.

2. Der Deutsche Beamtenbund verweist hinsichtlich seiner Stellung in den allgemeinen Arbeitnehmer- und Verbraucherfragen auf seine mehrfach gefassten Beschlüsse, insbesondere auch auf die in der letzten Sitzung des Bundesauschusses einstimmig angenommene Entschliebung über die Stellung des Bundes zu wirtschaftspolitischen Fragen und muß beanspruchen, daß diese Stellungnahme gewürdigt und daß aus ihr der klare Wille des Bundes entnommen wird, eine den Interessen der gesamten Arbeitnehmererschaft förderliche, entschiedene Politik zu treiben.

3. Auch in den für die Arbeiter und Angestellten wesentlichen, auf die Verbesserung der sozialpolitischen Lage des Arbeiter- und Angestelltenrechts gerichteten Bestrebungen erklärt sich der Deutsche Beamtenbund bereit, der Arbeiter- und Angestelltenchaft jede mögliche Förderung zuteil werden zu lassen. Er hält es ebenso für selbstverständlich, daß die Organisationen der Arbeiter und Angestellten sich ihrerseits bereit erklären, den Bestand des im öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis stehenden Berufsbeamtenums und die Fortentwicklung des Beamtenrechts nach freizeittlichen und sozialen Grundsätzen zu fördern.

4. Degratifikatorische Streitigkeiten zwischen den Großorganisationen oder ihren Bestandteilen sollen im Wege gütlicher Schlichtung behoben, bestehende Unstimmigkeiten baldigst beseitigt werden.

5. Der Inhalt der Abmachung muß so beschaffen sein, daß sie auch mit jeder anderen gewerkschaftlichen Spitzenorganisation abgeschlossen werden könnte. Die endgültige Fassung der Abmachung unterliegt der Zustimmung des Bundesvorstandes.

Ist irgendwo bei der Formulierung des Inhalts des Entwurfs der Vereinbarung von diesen Richtlinien abgewichen worden? Das wird niemand mit gutem Recht behaupten können. Die es dennoch tun, haben andere Gründe als sachliche für ihr Handeln.

Auch ihr Vorwurf, daß die parteipolitische Neutralität durch die Vereinbarung verletzt werden würde, ist unhaltbar. Sie halten alle diejenigen für parteipolitisch nicht neutral, die nicht auf ihr politisches Dogma schwören. Die politische Rechte nimmt die Gelegenheit wahr und schafft „wegen des Unschärfen des Deutschen Beamtenbundes“ einen „Rationalen Beamtenverband“. Nicht, um einem „tiefergefühlten Bedürfnis“ abzuhelfen, sondern um eine parteiorganisatorische Sicherung zu schaffen. Sie hat keine Zeit, die Entscheidung abzuwarten, sonst möchten ihr die Felle wegschwimmen. Sie trägt den Begriff „national“ in die Beamtenbewegung hinein und schafft ihn wieder um zu dem, was er in der Vorkriegszeit — nicht zum Segen des deutschen Volkes — gewesen ist: eine Waffe im Kampfe gegen die Völkerverständigung. So wird nun endlich auch die Beamtenbewegung zum Tummelplatz nationaler Leidenschaften gemacht, gerade die Bewegung,

die, einig und geschlossen, zu einer vorbildlichen Gewerkschaftsbewegung hätte heranwachsen können.

Und die christliche Gewerkschaftsbewegung, die den „Gemeinschaftsgeist“ in Worten predigt, tut alles, um den Kampf aller gegen alle auch in das Beamtenlager hineinzutragen. Kann nicht eine ehrliche Gewerkschaftsbewegung christlicher Prägung jedem einzelnen Punkte der Vereinbarung zustimmen? Haben die in ihr organisierten Beamten nicht die Pflicht, mit allen Arbeitnehmerorganisationen „in der Wahrung der gemeinsamen Arbeitnehmerinteressen“ zusammenzuwirken? Halten die christlich orientierten Beamten-gewerkschaften es für falsch, wenn an Stelle von Kräftevergeudung in fruchtlosen Organisationskämpfen Kräftevervielfachung zur Erreichung von Erfolgen im Gebiete der Beamtenpolitik tritt? Stehen die christlich organisierten Beamten etwa nicht auf dem Boden der demokratisch-republikanischen Verfassung? Sie haben ihren Eid auf diese Verfassung geschworen so gut wie der konservative oder sozialistische Beamte, darum haben alle die Pflicht, die Verfassung gegen Übergriffe von rechts oder links zu verteidigen. Und die Wirtschaftspolitik? Wollen etwa die christlich orientierten Beamten behaupten, sie könnten ihre Sonderforderungen ohne Rücksichtnahme auf die übrigen Volksschichten und das Gemeinwohl durchsetzen? Was also soll das Gezer, die Leitung des Deutschen Beamtenbundes wolle seine Mitglieder in das „marxistische Fahrwasser“ hinüberdrängen? Was die Bundesleitung will, liegt offen zutage: Sie will Beamtenpolitik treiben mit der größtmöglichen Aussicht auf Dauererfolge. Wie sich die Mitglieder der dem Deutschen Beamtenbund angeschlossenen Gewerkschaften außerhalb des Deutschen Beamtenbundes parteipolitisch betätigen, das zu unteruchen, ist nicht Sache des Deutschen Beamtenbundes. Mit dem leider allzu früh verstorbenen Führer der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Karl Legien, vertreten wir die Auffassung, daß eine Organisation vorhanden sein muß, die den Willen hat und in der Lage ist, die Interessen der Beamten wahrzunehmen. Eine willensstarke und jederzeit kampfbereite Beamtenorganisation kann nur auf der Grundlage geschlossener Solidarität entstehen.

Ja, wir haben die Kredite bewilligt!

Die „Freiheit“ hält es für notwendig und nützlich, zur Erinnerung an den 4. August 1914 den alten Streit um die Bewilligung der Kriegskredite zu erneuern. Der Verfasser dieses Streifenartikels hätte aber schon stoßen müssen, als er die Ueberschrift niederschrieb, die in ihrem Unterititel lautet: „Wie die alte Sozialdemokratie zusammenbrach“. Ja, ist denn die alte Sozialdemokratie zusammengebrochen? Die „Freiheit“ erinnert an eine Protesterklärung gegen die Kreditbewilligung, die damals von neun „Vorwärts“-Redakteuren abgegeben wurde. Von diesen neun stehen aber fünf noch oder wieder in der alten Partei, drei sind zurzeit noch unabhängig, einer ist Kommunist geworden, aber dort auch schon wieder abgesetzt.

Die „Freiheit“ behauptet, die Mehrheit der sozialdemokratischen Wähler hätte bis im Jahre 1918 den Parolen der Obersten Heeresleitung und der Regierung wenig Folge geleistet. Jeder, der die Geschichte jener Jahre nur einigermaßen kennt, weiß, daß die Sozialdemokratische Partei und ihre Presse in ständigem Kampfe mit der Obersten Heeresleitung gelegen hat, daß sie von unzähligen Zensurverboten betroffen worden ist. Die Sozialdemokratie kämpfte gegen den Amerionismus in jeder Form, für einen Frieden der Verständigung. Wenn einzelne Personen in der Erregung jener Zeit die allgemeine Richtlinie der sozialdemokratischen Politik verließen, so hat die Partei ein solches Verhalten nicht gedeckt.

Die Kredite bewilligte die Partei aber, weil sie die Verantwortung für eine Niederlage Deutschlands und für einen Zustand, wie er jetzt eingetreten ist, nicht übernehmen wollte. Sie bewilligte die Kredite, weil Deutschland gegen eine ungeheure Uebermacht zu kämpfen hatte, an deren Spitze zu Beginn des Krieges der russische Zar stand. Es ist nicht auszu-denken, was aus Deutschland und aus seiner Sozialdemokratie

geworden wäre, wenn die Partei durch ihr Verhalten den Sieg der Gegner und einen Frieden wie den von Versailles herbeigeführt hätte! Warum bekämpft denn auch die „Freiheit“ die Dolchstoßlüge? Weil sie sieht, daß die Reaktion der sozialistischen Arbeiterbewegung die Schuld an dem Unglück des deutschen Volkes zuschieben will, und weil sie weiß, daß keine Partei die Last dieser Verantwortung zu tragen imstande wäre!

Hätte die Sozialdemokratie am 4. August 1914 die Kredite verweigert, so wäre die Dolchstoßgeschichte heute eben nicht bloß eine verzweifelte Notlüge der wahrhaft schuldigen nationalistischen Reaktion, sondern historische Wahrheit. Wir dürfen bei allem Unglück heute noch darüber froh sein, daß es wenigstens so nicht ist!

Die Sozialdemokratie und die deutsche Arbeiterschaft haben die ungeheuersten Opfer gebracht, um eine Niederlage Deutschlands zu verhindern. Sie wollten einen Frieden der Verständigung. Wenn die verbohrtete Politik der Machthaber und des nationalistischen Klüngels auch die letzten Möglichkeiten für Deutschland vernichtet hat, sich aus der Gefahr zu retten, die jeder ruhig denkende Politiker kommen sah, so trägt sie jetzt die ganze Verantwortung für alles Geschehene. Weil aber die Sozialdemokratie vor dem Urteil des deutschen Volkes bestehen kann, darum eben ist nicht sie zusammengebrochen, sondern sie hat im Gegenteil erreicht, daß es auch nach dieser beispiellosen Katastrophe in Deutschland eine starke politische Partei des arbeitenden Volkes gibt, und daß die Arbeiterschaft der starke tragende Pfeiler der deutschen Republik geworden ist.

Wir hatten die Aufrührung des alten Kreditstreits für überflüssig und töricht. Wir können aber immer wieder nur sagen: Wehr sie von der anderen Seite gewünscht, so sind wir bereit. Fehlt im einzelnen und von einzelnen sind begangen worden, überall, wer wollte es bestreiten? In ihren Grundlinien war die Politik der Sozialdemokratie während des Krieges die von selbst gegebene, die einzig mögliche und richtige. Dafür stehen wir auch heute noch!

Der unsterbliche Selbstschuß.

Wie uns aus Altheide mitgeteilt wird, steht der angeblich aufgelöste Selbstschuß dort noch immer in voller Blüte. Man sieht diese Landstreckegebirgen, denen man zum Teil schon am Gesicht ablesen kann, daß sie zur christlichen Arbeit unfähig sind, geschmückt mit E. A.'s, Hakenkreuzen usw., herumtaufen. Einige dieser jungen Leute benehmen sich ziemlich gefittet und anständig, während der weitaus größere Teil seine Zeit dazu benutzt, antisemitische Pöbeleien und Exzesse zu veranstalten und an allen Ecken und Enden antisemitische Flugblätter anzukleben.

Unser Gewährsmann hatte Gelegenheit, sich mit einem der jungen Leute zu unterhalten. U. a. teilte dieser ihm mit, er habe ein Rundschreiben mit der Aufforderung erhalten, sich in 10—14 Tagen bereitzuhalten. Er äußerte die Meinung, es handle sich um ein rechtsputschistisches Unternehmen, verbunden mit Angriffen gegen die Juden, und äußerte seine Freude darüber, „ganze Arbeit leisten zu können“. Vielleicht bestärkt sich das Reichswehrministerium einmal um die Zustände in Altheide, die sich nachgerade zu einem öffentlichen Standesauswaschen.

Helm ins Reich! In Ludenz in Borzberg fand am Sonntag eine große Versammlung des Unabhängigen Bauernbundes Borzberg statt, in der die Borzberger Bauernführer, welche noch vor zwei Jahren für den Anschluß an die Schweiz erklärt hatten, unter tosendem Beifall für den Anschluß an das Deutsche Reich eintraten. Damit erscheint die Borzberger Anschlußbewegung an die Schweiz vollständig fallen gelassen. Rime es zu einer neuen Volksabstimmung, erklärte der bekannte Politiker Dr. Ritter, so wäre schon heute eine Mehrheit von 70 Proz. für den Anschluß an das Deutsche Reich sicher.

In den Hauptvorstand des Verbandes der Arbeiterjugendvereine wurden nicht, wie am Dienstag früh infolge eines Hörchlers berichtet wurde, Schädler, sondern Schaper, Berlin und Hofmann, nicht Hofmann, Dortmund gewählt. Im Reichsausschuß des Jungsozialisten vertritt Bach nicht Halle, sondern Berlin, außerdem gehört noch Wegner, Berlin dieser Körperschaft an.

Der tanzende Greis.

Nun habe ich ihn heute zum zweiten Male gesehen. Und dieses Wiedersehen verstärkte meine Erinnerung an ihn zu einem erschütternden Gedanken. Er hat sich, so um die Spätnachmittagsstunden herum, wenn die Arbeiter und Angestellten aus der Fabrik eilen, mit seinem halbzerbrochenen Kinderwagen an einer Straßenecke aufgestellt, um allen Leuten sichtbar zu sein.

Auf dem Wagengestell ruht ein altes Grammophon mit einem zerbeulten, alten Messingtrichter, und wenn der Greis an der abgegriffenen Kurbel dreht, fängt es an zu schnurren und zu schnarren. Dann springt plötzlich ein medererder Ton heraus und der Alte beginnt seinen Tanz. Erst hebt er einen, dann den anderen Arm in die Höhe und mit krummen Beinen torkelt er stumpsinnig im Kreise herum. Seltsame Schatten huschen seinen Bewegungen hinterdrein. Der Mund murmelt unverständliche Laute. Kein er trägt. Wie ein flügelloser alter Rabe flüßt der Greis herum...

Was wird der Tanz für einen Namen tragen? Ich habe versucht, ihn in den Gesichtern der Umstehenden zu lesen.

Die Kinder schauen dem Alten etwas belustigt zu, nicht recht wissend, was sie mit ihm und seinem Gebaren anfangen sollen. Junge Mädchen eilen vorbei. Aus der Fabrik, aus dem Bureau. Lachend fangen sie die typischen Bewegungen des Alten auf. Weiter. Ein kleines Ehepaar wälzt sich heran. Ihre Schweinsauglein glänzen Verwunderung. „Sie“ meint: „Gott, wie verrückt; solch alter Mann!“ „Er“ lenkt sein Doppelkinn auf die Krawatte herab und zehrt sitrunzelnd einen — Fünfer aus dem Portemonnaie. Dann gehen sie davon.

Nur ein junger Arbeiter steht bleich und hochgeredt unter den Zuschauern und starrt auf den Greis. Von allem Erdensteid scheint ihm der Tanz des zitternden Alten zu erzählen. Ewig. Rein, morgen vielleicht wird der Greis am Wege zerkerben. Wie viele andere. Alle schwingen sie im Rhythmus des Totentanzes.

Über dann. Dann wird ein Tag kommen, wo ein Jüngling leuchtenden Auges durch die Straßen tanzt. Dort, wo heute die Tränen des Greises auf heißen Steinen versteinen...

A. Frische.

Reifend-Theater. („Traumulus“ von Arno Holz und Oskar Jerichow). Vor etwa anderthalb Jahrzehnten geschrieben, mutet diese „Tragikomödie“ heute bereits wie ein Stück aus einer verschundenen Welt an. Nicht nur im Uebersetzen des Milieus; in der Zeichnung der milieuspezifischen Stammtischhonorationen, für welche die Ankündigung, daß S. W. auf der Durchreise das Städtchen ein paar Stunden huldreich mit seiner Gegenwart beglücken werde, eine Haupt- und Staatsaktion bedeutet, und in der Schilderung der Schülerecke, die bei dem heutigen Preis des Alkohols undenkbar

wäre. Aber in diesem Schauspiel schwingt zugleich auch ein Nachhall jener Periode, in welcher die deutsche dramatische Produktion nach langer Erstarrung im Konventionellen einen so hoffnungsvollen Aufschwung nahm, jener Zeit, da ernsthaft darum gerungen wurde, wirkliche Menschen in feilischen Konstellationen, die ihre inneren Wesenheiten offenbaren, auf der Bühne zu gestalten, aus einem psychologischen Mittelpunkt eine „Handlung“ zu entwickeln. Sinn und Organ für das Lebensmögliche, das individuell Saitime und die farbige Widerspiegelung des Typischen im Individuellen hatten sich wie bei den schaffenden Autoren so bei dem Publikum in einem Grade verfeinert, daß eine feste Grundlage, auf der der Fortschritt im Theater bauen konnte, gesichert schien. Heut sieht's so aus, als wären alle diese Früden abgerissen. „Natur“, die damals Lösung war, wird in den Stücken, die jetzt die Präntention auf Modernität erheben, vielleicht noch struppeliger als jemals früher vergewalligt.

Gewiß, das Schauspiel hat keinen Einschlag des Genialischen, es bringt nichts, was erklöunlich wäre. Aber in den Grundzügen seiner Konstruierung ist es darum doch wahr und führt die Zeichnung des Seelischen zugleich mit sicherem Augenmaße für die Erfordernisse der Bühnenwirkung durch.

Albert Baffermann, der damals bei der Gelaufführung in Otto Weohms Vestingtheater die Titelrolle kreiert hatte, war von der Bühnenleitung gewonnen und fertete, wieder und wieder hervorgerufen, verbiente Triumphe. Kein überzeugender Interpret der Figur ließe sich denken. Die kindlich verstärkende Vertrauensseligkeit, der Enthusiasmus des gelehrten Pädagogen für die geliebten Griechen, nach deren Ausmaß er seine rüden Gymnastikstufen bilden möchte, und ebenso das Hohe des Temperaments, gesteigert von dem heimlichen Bewußtsein, daß seine Weltfremdheit ihn wehlos mache, die blinde Urteillosigkeit, die ihn, den schönheitsföhligen Idealisten, zum gläubigen Verehrer Wilhelms und seines Preußenstaates werden ließ, Reichtum und in dem Reichtum Beschränktheit der Individualität — alles das kam in ebenmäßiger Vollendung organisch verschmolzen zum Ausdruck. Markantcharakteristisch war Baffermann, der, wie damals, den westmännischen Widersacher des Träumers, den preußischen brutalen Landrat spielte. Auch in den Nebenrollen (Else Waga, Else Baffermann, Walter Volkgram) und der figurenreichen Aneignung wirkte die Ausführung im allgemeinen wohlgerundet. Nur aus dem feinfühligsten Lieblingsgöschler des Direktors, der dessen Vertrauen sucht und ungerne beschuldigt, aus dem Leben flüchtet, wäre mehr herausgehoben gewesen als es Herr Bendow tat.

Das Herrenhaus von Buch. Der Verein Berliner Künstlerinnen hat beim Magistrat Berlin den Antrag gestellt, das von der Stadt vor einer Reihe von Jahren erworbene Herrenhaus Buch zu einem Erholungsheim für geistige Arbeiter und Künstler zu bestimmen. Der Magistrat hat das Gesuch jetzt abgelehnt.

Das Herrenhaus, ein schönes Sandsteinschloß, diente bisher als Sommerresidenz des jeweiligen Stadtoberhauptes und wird zurzeit noch vom Oberbürgermeister a. D. Wermuth bewohnt. Nach Freierwerb der Wohnung soll es in Dienstwohnungen für Gutsbeamte aufgeteilt werden, um sonst notwendig werdende Neubauten zu ersparen.

Die „Hungerzeit“ der Jugend. Jeder Mensch macht in seiner Jugend einmal eine „Hungerzeit“ durch, d. h. jene Entwicklungsphase, in denen der Organismus endgültig aufgebaut wird und man daher ein selbständiges Nahrungsbedürfnis verspürt. Diese Zeit reicht bei den Knaben gewöhnlich vom 13. bis zum 18. Jahre und bei den Mädchen vom 11. bis zum 16.

Die Eltern fürchten in dieser Hungerzeit der Kinder, daß diese sich überessen könnten, aber in diesem Alter gehört ein Ueberessen des Magens zu den Ausnahmen. Erst wenn der Zellentant des Körpers vollständig eingerichtet ist, tritt auch die Gefahr des Ueberessens an den Menschen heran. Ein Zwischenraum von sechs Stunden zwischen den Mahlzeiten, wie er häufig im bürgerlichen Haushalt vorhanden ist, ist für die Kinder in den Entwicklungs Jahren zu viel. Im allgemeinen soll aber eine Zwischenzeit von 4—5 Stunden auch während der Hungerzeit zwischen den Mahlzeiten liegen, denn nur dann kann die Nahrung richtig verdaut und vom dem Körper aufgenommen werden. Eine ausreichende Ernährung während der „Hungerzeit“ ist für das ganze weitere Leben von größter Bedeutung, und so mancher, der in diesem Zeit nicht genug zu essen gehabt hat, empfindet die Folgen sehr schwer im Lebenskampfe.

Londoner Straßenredner. Ein eigenartiger Zug des Londoner Straßenlebens ist das Auftreten aller möglichen Redner, die rasch einen größeren oder kleineren Kreis von Zuhörern an sich sammeln. Besonders im Hyde Park findet man allabendlich eine große Anzahl merkwürdiger Gestalten, die ihre oratorischen Künste freiwillig und ohne Bezahlung ausüben. Einige solcher Typen, deren eigentlicher Beruf er nachgegangen ist, schildert Charles A. Farmer in der „Daily News“. Da ist ein Herr, der immer mit einem prächtigen gelben Auto angefahren kommt und dann das Polster dieses schönen Wagens zum Podium macht, von dem aus er Stundenlang über Themen redet wie z. B. „Christus kam in die Welt, um die Sünder zu erlösen“. Er ist in seinem Willen ein reicher Kohlenhändler. Ein anderer, der hauptsächlich über eine „gerechtere Verteilung des Reichtums auf der Welt“ predigt, ist den Tag über im Buchhandel tätig. Der würdevolle Indier, der in seiner europäischen Kleidung doch so fremdländisch aussieht, ist ein Student und spricht mit einer gelassenen, aber innerlich glühenden Ergriffenheit von dem „Nicht aus dem Osten“, von den Wundern der indischen Weisheit. Ein junger Architekt sucht die Vorübergehenden zum Katholizismus zu bekehren und ein anderer Redner erklärt, daß er nichts besitze; er lebt von „christlicher Gastsfreundschaft“ und beruft sich auf die Pflichten auf dem Felde, die da blühen, ohne zu ernten und zu pflügen. Er ist stolz darauf, daß er nur die Bibel liest und nie eine Zeitung und verdammt Sport und Kino und alle Ertragschancen der Kultur in Grund und Boden. Und die Londoner hören ihm andächtig zu und denken: wenn die ganze Welt aus solchen redenden Affen bestände, wo kämen dann die Mittel zur Ausübung „christlicher Gastsfreundschaft“ her?

Ein Lehrling für Zahnlehre. An der Universität Bonn wurde ein Lehrling für Zahnlehre ernannt. Es ist dies der erste deutsche Lehrling für das Gesamtfeld der Zahnlehre. Als Lehrling wurde der Bonnberger Dermatologe Sanitätsrat Dr. C. Fejwas berufen.

Gewerkschaftsbewegung

Der ADGB. im Jahre 1920.

Der Vorstand des ADGB. berichtet in Nr. 28 des „Korrespondenzblattes“ über seine Tätigkeit im Jahre 1920. Daraus ist zu ersehen, daß die von den Moskauer vielverleumdeten „Amsterdamer“ eine rührige Tätigkeit im In- und Auslande zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse entfaltet haben.

Am 1. Juni 1920 wurde die Errichtung einer gemeinschaftlichen Betriebsrätezentrale des ADGB. und des IFA-Bundes bekanntgegeben und gleichzeitig die Richtlinien für die örtliche Zusammenfassung der Betriebsräte veröffentlicht.

Ferner wurde die Bildung eines geschäftsführenden Ausschusses der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale und eines provisorischen Beirats beschlossen. Der Beirat beschloß in seiner ersten Sitzung die Einberufung eines Reichsbetriebsrätekongresses auf den 5. Oktober 1920. Der Verlauf des Kongresses ist bekannt.

Die Auflage der „Betriebsrätezeitung“ beträgt 115 000 Exemplare; Ausweisarten sind bisher 324 000, Informationsbrochüren 157 000 verkauft und von den Fragebogen wurden 51 000 Stück ausgegeben.

Die Jahresabrechnung 1920 des Bundesvorstandes schließt ab mit einer Totalsumme von 13 155 659,92 M., ein Mehr gegen das Jahr vorher von 11 639 610,70 M., darunter ein Betrag von 7 244 240,65 M., der sich aus der schwedischen Kreditaktion ergeben hat. Darüber hinaus ist die Steigerung zurückzuführen auf verschiedene Unterstützungsaktionen, die im Laufe des vergangenen Jahres vor sich gingen. Sie sind in der Abrechnung zusammengefaßt in dem Unterstufungsfonds, das mit einem Betrage von 1 298 272,96 Mark abschließt.

In gleicher Weise wie die laufenden Einnahmen sind auch die laufenden Ausgaben gestiegen. Zur Erhöhung der Ausgaben haben in erster Linie beigetragen die Errichtung der Betriebsrätezentrale und die Herausgabe der Betriebsrätezeitung, die zusammen eine Ausgabe von 224 911,85 M. verursachten. Hinzu kommt die Einstellung mehrerer Hilfskräfte in die Bureaus des Bundesvorstandes und seine einzelnen Abteilungen sowie die Erhöhung des Beitrages an den Internationalen Gewerkschaftsbund. Im übrigen ist die Steigerung der Ausgaben zurückzuführen auf die Entwertung des Geldes und die Steigerung der Preise für alle Verbrauchsgüter. Aus diesem Grunde stellen sich die Ausgaben unter den einzelnen Titeln und Ziffern bedeutend höher als im Jahre vorher. Die Steigerung der Ausgaben gegen das Vorjahr betrug: Bundesvorstand, sächsischer und persönlicher Verwaltungskosten, 200 995,62 M.; Bibliothek 1284,92 M.; Kongresse und Konferenzen 144 943 M.; Druckkosten 25 769,60 M.; Beitrag an das Internationale Gewerkschaftssekretariat 135 213 M.; Agitation 426 449,37 M.; Verlag 145 449,08 M.; Korrespondenzblatt 541 864,72 M.; Oswiata 221 376,31 M.; Zentralarbeitersekretariat 54 280,87 M.; Sozialpolitische Abteilung 84 216,17 M.

Das „Korrespondenzblatt“ hatte auch im abgelaufenen Jahre noch immer unter Raumangel und den ungeheuren Papierpreisen zu leiden. Dies hatte ebenfalls zur Folge, daß die Zahl der Beilagen noch immer nicht wieder auf den Stand der Vorkriegszeit gebracht werden konnte. Die Auflage beträgt zurzeit 61 000 Exemplare.

An der Erscheinungsweise des „Gewerkschaftlichen Nachrichtenblattes“ hat sich nichts geändert und die Auflage von 450 Exemplaren ist die gleiche geblieben.

Im vergangenen Jahre ist das in polnische Sprache erscheinende Gewerkschaftsblatt „Oswiata“ wöchentlich einmal herausgekommen.

Flaggen-Müller ausgeschlossen.

Als Müller am 1. Juli in der Vorstandssitzung des Deutschen Transportarbeiterverbandes aus der Diskussion den richtigen Schluß zog, daß er abgenutzter habe, baute er als kluger Mann vor und trat „freiwillig“ aus der Organisation aus. Damit waren aber die gegen ihn vorliegenden drei Ausschlußanträge, die außerdem von der Seemannskonferenz erneut aufgenommen wurden, nicht erledigt.

Der Ausschluß aus einer gewerkschaftlichen Organisation ist eine Bestrafung für unfolidarisches Verhalten oder Schädigung der Arbeiterbewegung, der man durch rechtzeitigen Austritt nicht entgegen kommen kann. Er ist zugleich ein Warnruf an andere Arbeiterorganisationen, vor dem Gefährlichen auf der Hut zu sein, während einem freiwillig Ausgeschiedenen der Weg in eine andere oder der spätere Wiedereintritt in die alte Organisation gemeinhin offen steht. Um dies zu verhindern und um gleichzeitig aller Welt zu offenbaren, daß Müller einzig als Privatmann handelt, spricht und schreibt, hat der Vorstand des Deutschen Transportarbeiterverbandes das ehemalige Mitglied Paul Müller aus der Organisation ausgeschlossen.

Beendigung des Streiks in der Zigarettenindustrie.

Die im April d. J. eingeleitete Bewegung zum Abschluß eines neuen Tarifvertrages in der Berliner Zigarettenindustrie hat nunmehr ihr Ende gefunden. Neben der Regelung der Lohnverhältnisse wurde auch die tarifliche Vereinbarung getroffen, daß zum Bedienen (Maschinenführer) der Zigarettenmaschinen selbstverständlich alle Arbeiter und Arbeiterinnen, welche die Fähigkeit dazu besitzen, zugelassen werden müssen. Ebenso wurde die Einführung eines paritätischen Arbeitsnachweises vereinbart, durch den die benötigten Tabakarbeiter und Tabakarbeiterinnen einschließlich Bedienung der Zigarettenmaschinen vermittelt werden.

Ueber Erweiterung der Ferien und Bezahlung einer Anzahl Krankentage wird abmachungsgemäß bei Erneuerung des Reichsrentenvertrages (Jahresvertrag), der am 1. Oktober d. J. abläuft, verhandelt, da in diesem Hauptvertrage diese Fragen für alle Gruppen der Arbeiter in der deutschen Zigarettenindustrie geregelt sind. Anträge in dieser Richtung sind von den einzelnen Arbeitergruppen bereits frühzeitig gestellt worden. Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgt im Laufe dieser Woche entsprechend der zu leistenden Arbeiten. — Deutscher Tabakarbeiterverband.

Der Komba.

Der frühere Zentralverband der Gemeindebeamten Preußens, der sich jetzt „Verband der Kommunalbeamten und Angestellten Preußens“ nennt, hielt vom 25. bis 31. Juli d. J. seinen 22. Verbandstag in Barmen ab. Dieser Verband führt einen scharfen Kampf gegen die freien Gewerkschaften, und es darf bei dieser Gelegenheit daran erinnert werden, daß der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ihm unter dem 15. November 1920 die Anerkennung als Gewerkschaft versagt hat. In diesem Schreiben heißt es u. a.: „Verschiedene Vorgänge und Erklärungen anlässlich des Streites mit dem Zentralverband der Angestellten sind jedoch geeignet, Zweifel an dem gewerkschaftlichen Charakter Ihres Verbandes aufkommen lassen, und müssen wir deshalb davon absehen, ein schriftliches Anerkennnis Ihnen auszustellen. Die beste Anerkennung eines Verbandes als Gewerkschaft wird sich in der Praxis herausbilden, wenn die Zusammenarbeit mit unseren Organisationen fortlaufend gedehnt genannt werden kann. Im vorliegenden Falle kann dies jedoch wohl kaum konstatiert werden.“ Bei der Aufstellung der Kandidaten zur Landesliste für die Preussischen Landtagswahlen wandte sich der Komba, der im Fahrwasser der Deutschen Volkspartei schwimmt, und nach außen immer und immer wieder seine politische Neutralität betont, sogar an die Sozialdemokratische Partei, ein Vorfall, der damals berechtigtes Aussehen innerhalb der Angestelltenchaft erregte.

In dem vom A.D.G.B. verbreiteten Bericht über die Barmener Tagung heißt es u. a., daß die Aussprache über die Ueberführung der bei den Gemeinden und den Gemeindeverbänden beschäftigten Dauerangestellten in das Beamtenverhältnis einen breiten Raum einnahm. Wer soll nun nach Ansicht des Komba Beamter werden? Das geht aus den Richtlinien hervor. Diese lauten:

1. Als Vorbildungsmaßnahme für den Eintritt in den Kommunalbeamtenberuf (Bureau- und Kassendienst) muß mindestens gefordert werden das Reifezeugnis einer sechsstufigen höheren Schule (Realschule usw.) oder das Zeugnis über die Beförderung in die siebente Klasse (Obersekunda) einer neunstufigen höheren Lehranstalt bzw. amtlicher Nachweis einer gleichwertigen Vorbildung. Ausnahmebeweise können auch begabte Volks- oder Mittelschüler zugelassen werden, doch haben solche nach vollendetem 18. Lebensjahre vor einem Prüfungsausschuss, zu dem Vertreter des Kommunalbeamtenverbandes hinzuzuziehen sind, den Nachweis derjenigen Allgemeinbildung — außer fremden Sprachen — nachzuweisen, die dem vorstehend geforderten schulmäßigen Nachweis im allgemeinen entspricht.

Vor der Annahme bzw. Notierung für den Kommunalbeamtenberuf ist von der Vermittlung unter Zuweisung von Vertretern des Prüfungsausschusses (oder wo ein Prüfungsausschuss besteht, von diesem) an Hand der Schul- und Führungszeugnisse — nötigenfalls auf sonstige Weise — zu prüfen, ob der sich Meldende für die Kommunalbeamtenlaufbahn geeignet erscheint.

Die Angestellten, die zu 90 Proz. Volksschüler sind, sollen ausnahmsweise zur Prüfung zugelassen werden, wenn der von dem Prüfungsausschuss zuwählende Vertreter des Kommunalbeamtenverbandes dem zustimmt. Diese Tatsache sollte allen Gemeindeangestellten zu denken geben. In der „Rundschau für Gemeindebeamte“ 1920, Seite 4, betont der Komba, daß er eine scharfe Trennung zwischen Hilfs- und Festangestellten machen müsse. Das beweist, daß wir es hier mit keiner Gewerkschaft zu tun haben. Wenn gewerkschaftliche Verbände beruhen auf der Solidarität aller Berufsangehörigen und Ständebündel ist ihnen unbekannt. Diese angebliche Gewerkschaft verlangt auch, beim Abschluß von Tarifverträgen hinzugezogen zu werden, trotzdem sie die Regelung der Arbeitsverhältnisse durch den Tarifvertrag ablehnt. Daß auf der Tagung, in deren Verlauf der bisherige Verbandsvorsitzende Oberstadtssekretär Scheibig so schwer erkrankte, daß er verschieb, radikale Forderungen aufgestellt wurden, kann über die wahre Qualität dieser „Gewerkschaft“ nicht hinwegtäuschen.

Die Berliner Bauarbeiter und der Verband der Baugeschäfte haben dem Vergleichsvorschlag des Bezirkskomitees zugestimmt. Demnach erhöhen sich die Stundenlöhne der im § 4, Ziffer 1, des Bezirksarbeitsvertrages für das Hochbaugewerbe ausgeführten Arbeiterkategorien ab 22. Juli um 60 Pfg. Die Auszahlung soll am Freitag, den 5. August, erfolgen. Deutscher Bauarbeiterverband, Bezirksverein Berlin.

Der Streik in Danzig ist nach einer A.D.G.B.-Meldung schon im Keim erlosch. Eisenbahnen und Straßenbahnen verkehren und die Hafenarbeiter sind „fast vollständig“ zur Arbeit erschienen. Der Senat hatte allen Arbeitern und Angestellten, die sich an diesem Streik beteiligen würden, die Entlassung angedroht.

Die irischen Eisenbahner gegen den Lohnabbau. Auf dem irischen Fachvereinungskongress in Dublin erklärten die Delegierten und Mitglieder des Nationalbundes der Eisenbahner, daß sie die Lohnermäßigungen bis zum äußersten bekämpfen würden.

Aus der Betriebsräte-Praxis.

§§ 12 und 13 der Verordnung vom 12. Februar 1920 und § 84 Absatz 1 Ziffer 4 B.R.G. Wissenschaftliche Umgehung ist ein Verstoß gegen die guten Sitten. Eine Firma hatte zwei Arbeiter angeblich in Folge Arbeitsmangel ohne Arbeitsfreudung entlassen. Beide Arbeiter waren wiederholt weniger als 6 Wochen mit kurzer Unterbrechung in derselben Firma tätig. Gegen ihre Kündigung erhoben sie beim Schlichtungsausschuss Groß-Berlin Einspruch, welcher in

seiner Sitzung vom 17. Juni 1921 unter dem unparteiischen Vorsitz des Herrn Regierungsrats Freiherr von Massenbach einstimmig eine Entscheidung fällte, wonach die beiden Arbeiter wieder einzustellen sind.

In der Begründung heißt es, daß das Arbeitsverhältnis nicht mehr als vorübergehend angesehen werden könne. Die beiden Arbeitnehmer seien nur aus dem Grunde aus hilfsweise eingestellt worden, um die Verordnungs vom 12. Februar 1920 zu umgehen. Jeder Vertrag ist als den guten Sitten widersprechend anzusehen, wenn durch ihn eine Verordnungs wissentlich umgangen werden soll. Die wissenschaftliche Umgehung sei aus der Tatsache zu folgern, daß die angeblich aus hilfsweise angestellten Arbeitnehmer alle 6 Wochen entlassen und jedesmal 1 bis 2 Tage nach der Entlassung wieder eingestellt worden seien. Zur Zeit der Entlassung habe ein Arbeitsmangel ebenfalls nicht vorgelegen. Aus diesem Grunde sei die als Aushilfe bezeichnete Tätigkeit automatisch in ein festes Arbeitsverhältnis übergegangen.

Wir empfehlen allen Arbeitnehmern dringend diesen Schiedspruch zur Beachtung, da in letzter Zeit vielfach von den Arbeitgebern auf alle mögliche Art und Weise versucht wird, durch derartige Maßnahmen die Verordnung vom 12. Februar 1920 zu umgehen.

Wirtschaft

Die wirtschaftliche Lage.

Die Berichte, die die preussischen Handelskammern über den Geschäftsgang in Handel und Industrie im Monat Juli dem Handelsministerium erstattet haben, spiegeln den Einfluß der fortschreitenden Ausführung der Reparationsleistungen auf die deutsche Volkswirtschaft wider. Sie bewirkt eine weitere Senkung des Marktwertes und brachte im Zusammenhang mit dem zum Herbst geplanten Steuern Zeichen für ein Fortschreiten der Teuerung mit sich. Steigerungen der Rohstoffpreise, Lohnerhöhungen im Hinblick besonders auf die bevorstehende Brotpreiserhöhung, kurz, ein Steigen der Produktionskosten und damit auch der Warenpreise wurden von manchen Seiten befürchtet. Darum machte sich im Groß- und zum Teil auch im Einzelhandel wie auch in der weiterverarbeitenden Industrie vielfach ein lebhaftes Bestreben nach Eindeckung zu günstigen Preisen geltend. Die gesteigerte Nachfrage hob den Geschäftsgang der meisten Industrien. Diese Besserung läßt sich leider nicht ohne weiteres als Zeichen fortschreitender Gesundung des deutschen Wirtschaftslebens werten; vielmehr dürfte sie vielmehr nur eine Uebergangsercheinung sein, welche der vollen Auswirkung der Reparationsbestimmungen vorausgeht. Jedenfalls bietet die Verbesserung der Geschäftslage manchen Industrien Gelegenheit zur Erholung und Sammlung neuer Kräfte. Die Besserung wurde aber beeinträchtigt durch die Wirkungen der „Sanktionen“, die den Export vielfach unmöglich machten und die Industrie des besetzten Gebietes ebenso wie den innerdeutschen Verkehr schwer beeinträchtigten. Die vorläufige Beruhigung der Lage in Oberschlesien zeigte in der stark lebendigen Wirkung, die von ihr auf das gesamte deutsche Wirtschaftsleben ausging, wie lebenswichtig dieses Glied des Deutschen Reiches für die ganze deutsche Volkswirtschaft ist.

Aus der Partei.

Zeugen gesucht!

Der „Nationalverband deutscher Offiziere“ hat gegen den Genossen Zimmermann von der Mannheimer „Volkstimme“ Strafentwurf wegen Beleidigung des deutschen Offizierskorps gestellt, die darin erblickt wird, daß in einem Artikel Offizieren das Schwelgen hinter der Front, während die Mannschaft im Schützengraben dem härtesten Trommelfeuer ausgesetzt war, zum Vorwurf gemacht wird. Ebenso, daß vielfach unrechtmäßig Gegenstände, um sie vor der Zerstörung zu bewahren und den rechtmäßigen Besitzern nachher wieder unverletzt zurückgeben zu können, in die Heimat geschickt wurden. Wegen deselben Artikels ist von derselben Stelle gegen unser Dessauer Bruderblatt Strafentwurf gestellt worden.

Zeugen, die in der Lage sind, aus eigenem Erlebnis im Felde diese Vorwürfe zu erhärten und erblich zu beweisen, werden gebeten, ihren Namen mit genauer Adresse der Redaktion der Mannheimer „Volkstimme“ und dem „Volkblatt“ Dessau mitzuteilen.

Aus aller Welt.

Regerkongress in New York.

London, 3. August. (G.B.) In New York ist ein Regerkongress eröffnet worden. Den Vorsitz führte Garvey, der sogenannte Präsident von Afrika. Garvey, der im Namen von 400 Millionen Negern sprach, forderte Afrika für die Afrikaner. Der nächste Krieg erklärte er, wäre eine Rassekrieg, und die Weißen würden von den Japanern, Chinesen, Ägyptern und Afrikanern vernichtet werden.

Unter Nordverdacht verhaftet. Wie die „Buerische Zeitung“ meldet, wurde ein seit mehreren Tagen vermißter 15jähriger Junge im Walde bei Karl mit dem Kopfe nach unten erhängt aufgefunden. Unter dem Verdacht, seinen Spiegelgefährten im Verlaufe eines Wortwechsels erschlagen und dann erhängt zu haben, wurde ein 16jähriger Junge verhaftet.

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Werner Feiler, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glöck, Berlin. Verlag: Fortschritt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortschritt-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Haus - Luft - Kurort
Herrliche Lage
Prosper. u. Wohnungsverhältnisse gratis v. d. Kurverw.

Neue Haut
erzielt man schmerzlos, unmerklich für die Umgebung, durch die echte Vater-Philipp-Schälkur à 9 M. vom Tübingen-Laboratorium, Dresden-Zschachwitz 146. Schält Pickel, Mitesser, Sommersprossen, Hautunreinigkeiten usw. ab, läßt amutliche junge Haut zum Vorschein kommen. Erhält in der Elefantentapo, Leipzig-Str. u. Drogerien Bastianstr. 2, Fehmarstr. 3, Reinickend. Str. 119, Charlottenstr. 76, Pankow, Prinzenstr. 6.

Technikum Strelitz
Lehranstalt für Ingenieur- u. Bauwesen, Wintersemester 1. Oktober. Versuchslehre wird bestmöglichst, Programm national.

Ab Oberbaumbrücke täglich außer Sonnabends nach **Neu-Moringsdorf** u. **Waltersdorf, Schloose**
Abf. Sonntag 8.15 v. u. 2 n. Wochentag 8.00 v. u. 2 n. Außerdem jeden Dienstag, Mittwoch und Donnerstag durch die hiesigen Haselweizen über Potsdam nach Pirsch am Schweißensee, Abf. 8.30 Marschallbrücke, Friedrichstr. 8, 8.15 Charl., Togeierweg, Reederei Kleck, Falckensteinstr. 48, Mpl 0197

Möbel
zu bedeutend herabgesetzten Preisen auf Teilzahlung
Kleinste An- u. Abzahlung
Möbel - Cohn
Gr. Frankfurter Str. 88
5 Min. vom Alexanderplatz.
Filiale: Badstr. 47-48.
5 Min. v. KfL. Gesundbr.

Palz-Haus abuco
Leipziger Str. 58
Zahlungserleichterung

Stinnes Neu!
und seine 500 000 Arbeiter
Von Kurt Heinig
Eine überaus interessante Schrift, die Hugo Stinnes Herkunft u. Aufstieg schildert, sowie seine ganze ungeheure Macht, seine Beziehungen, Einflüsse und Operationen auf Grund eines reichen zuverlässigen Materials kritisch aufdeckt.
Preis 2,50 Mark
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW 68, Lindenstraße 2

Prozesse
Rat, Beistand, mäßige Preise, Teilzahlung, Ehe-, Alimenten-, Strafsachen, Steuern, Gnadengesuche.
Lawyergericht Dr. v. Kirchbach, Gnadengesuche, Alexanderstraße 48 (am Alexanderplatz, gegenüber Fietz) (9-7) Glanz-Erfolge! Beobachtg. Tel. Königst. 3585

BERLITZ SCHOOLS
Leipziger Str. 123a
Ecke Wilhelmstr.
Tanzlehrer, 19a

FREMDE SPRACHEN
Einzelunterricht
Ehrlohn monatlich 60 Mark

Gartenlandparzellen
zur Bewirtschaftung, Kapitalanlage und Bebauung vorzüglich geeignet, sehr bequem erreichbar.
von 85 M. an die DR. Auskult. auch Sonntag, Niederschönhausen, Kaiser-Wilhelm-Str. 47, am Straßenbahnhaltepunkt Nordend. Amt Montag 8.07. 11.30

Schnellzeichner-Apparat Polygraph
D. R. P.
Umschreibet für jedermann 10 Mk.
franko Nachnahme.
H. Honig, Köln
Victoriastr. 12

Volks-Reise-Verband
Geschäftsstelle: Neulöbn
Ruhlfener Straße 53
Vom 3. bis 10. September:
Durch den Odenwald zum Neckar bis Heidelberg
Wiederholung der u. 18.-20. Juni veranstalteten Ferienfahrt Teilnehmerzahl einzeln, Fahrt u. Verpflegung 800 Mark
Anmeldungen sind umgehend gegen Anzahlung von 300 M. an die Geschäftsstelle des V. R. V., Neulöbn, Ruhlfener Str. 53, zu richten.

Nutzeisen
Stahlsisen, Bleche, T-Träger, U-Eisen, Rohre, Ketten, Lagerböcke, Riemenscheiben, Fußstapfen usw. in verschied. Dimensionen haben abzugeben
Nutzeisenabteilung, Bln.-Neukölln
Weserstr. 35/36 — Tel. Neuk. 4170
COHN & BORCHARDT
Zentral: Lichtenberg, Rittergutsstr. 47/48
Telegr.-Adresse „Ercobor“. Tel. Lichtenbg. 646/647